

60 JAHRE BUND DEUTSCHER NORDSCHLESWIGER

1945 - 2005

von Frank Lubowitz, Apenrade

Blickt man im November des Jahres 2005 auf die große Baustelle des Dienstleistungszentrums der deutschen Volksgruppe am Dronning-Margrethes-Vej in Apenrade mag man sich schon verwundert die Augen reiben. Baut hier die deutsche Volksgruppe, der nach der Volksabstimmung in Nordschleswig am 10. Februar 1920 von dänischer Seite vorausgesagt worden war, sie würde wie Schnee in der Sonne dahin schmelzen? Baut hier die deutsche Volksgruppe, die sich in den 20er Jahren von ihrer dänischen Umwelt weitgehend abschottete, eine Grenzrevision für Nordschleswig forderte und mehrheitlich dem Nationalsozialismus in den Krieg folgte? – Ja, hier baut tatsächlich die deutsche Volksgruppe, die am Ende des Zweiten Weltkrieges nicht einmal sicher war, ob ihr nicht die Ausweisung aus der angestammten Heimat Nordschleswig drohte, und von der im Mai 1945 ca. 3500 Mitglieder zunächst interniert und viele dann in der Rechtsabrechnung verurteilt worden sind.

Eine bemerkenswerte Geschichte, in der der Bund Deutscher Nordschleswiger BDN als Hauptorganisation der deutschen Volksgruppe seit seiner Gründung vor 60 Jahren die zentrale Rolle spielt. Das zu sagen, schmälert nicht das Verdienst all der Verbände und Vereine, die in den vergangenen 60 Jahren mit ihrer Arbeit auf schulischem und sprachlichem, kulturellem, sportlichem oder gesellschaftlichem Feld ebenfalls dazu beigetragen haben, dass die deutsche Volksgruppe heute ein anerkannter und gleichberechtigter, ja gleichwertiger Partner der dänischen Mehrheitsbevölkerung auf allen Feldern des öffentlichen Lebens ist.

Die Rolle des BDN ist deshalb herausgehoben, weil er den Zusammenschluss und damit das Sprachrohr aller Verbände und Vereine bildet und in der Willensbildung nach innen und der Interessenvertretung nach außen am sichtbarsten auftritt.

In welcher Weise die Gründung eines Bundes deutscher Nordschleswiger sich entwickeln würde, war wenige Monate nach Kriegsende im Herbst 1945 überhaupt nicht absehbar. Lediglich eine sehr kleine Gruppe von deutschen Nordschleswigern, die dem Nationalsozialismus fern stand, hatte sich schon früh unter dem Eindruck des Krieges und der sich abzeichnenden militärischen Rückschläge Gedanken darüber gemacht, wie das Verhältnis von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung in der Zukunft, nach dem Kriegsende, gestaltet werden sollte. Diese als „Haderslebener Kreis“ bezeichnete Gruppe hatte erkannt, dass die Forderung nach einer Grenzrevision, wie sie seit 1920 bestand, nicht aufrecht erhalten werden konnte. In einer Besprechung am 11. November 1943 hatte der „Haderslebener Kreis“ bereits festgelegt: „Wir erstreben ein gutes Verhältnis zu unseren dänischen Mitbürgern, das nur auf gegenseitigem Vertrauen aufgebaut werden kann und sich auf eine absolute Loyalität gründen muss.“ Damit warf man die Argumente des „historischen Rechts“, das die Diskussion des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt hatte, über Bord!

Für die Zeitgenossen war es 1945 zunächst eine Überraschung, dass es im Hintergrund der deutschen Volksgruppe auch Strömungen und Zusammenkünfte gegeben hatte, die erst nach der Befreiung Dänemarks zu Tage treten konnten.

Wie stand aber diese neue Entwicklung unter dem Vorzeichen der Loyalität zu den alten Kräften der Grenzrevision und zu den Erfahrungen, der in Fårhus und Sonderburg

internierten und später verurteilten Angehörigen der Minderheit – sie stellten zahlenmäßig eine bedeutsame Größe dar? In diesem „Dreieck“ unterschiedlicher Interessen gelang es dem Redakteur Ernst Siegfried Hansen im Vorfeld der Gründung sowie bei der Gründungsversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger am 22. November 1945 in Apenrade die verschiedenen Positionen zusammenzuführen. Die Debatte war hitzig, aber schließlich schloss sich die deutliche Mehrheit der Versammlung dem Haderslebener Vorschlag an. Der provisorische Charakter bis zur Durchführung von Wahlen, an denen die Mehrzahl der in der Rechtsabrechnung Verurteilten teilnehmen konnte, wurde allerdings betont.

Als bemerkenswert sollte vielleicht der Satz in der Gründungserklärung hervorgehoben werden:

„Nordschleswiger! Welche politische Vergangenheit Ihr auch immer gehabt habt, wir fordern alle, die auf dieser Grundlage an einem neuen deutschen Leben in unserer Heimat mitbauen wollen, auf: Tretet ein in den Bund deutscher Nordschleswiger!“ Er kennzeichnet, dass man nicht daran interessiert war, das Thema der nationalsozialistischen Verstrickung der Minderheit aufzunehmen. Kritische Reflexionen über die Zeit zwischen 1933 und 1945 fanden nicht statt – aber das war keine Besonderheit in Nordschleswig, sondern in Schleswig-Holstein und darüber hinaus in ganz Deutschland allenthalben anzutreffen.

Dass aber im Wesentlichen die Formulierungen des Haderslebener Kreises die Gründungserklärung bestimmten, führte zu durchgehend positiven Reaktionen auf dänischer Seite. Insgesamt hat sich der BDN zwischen 1945 und 1947 auf einer demokratischen Grundlage festigen können, auch wenn es mit Rücksicht auf die Fårhus-Gefangenen zu einer Verschärfung des politischen Tons kam: Die Loyalitätserklärung und das Bekenntnis zur Demokratie blieben Grundlage für die Entwicklung der deutschen Volksgruppe – das ist von entscheidender Bedeutung.

Der „Bund Deutscher Nordschleswiger“ sollte auf dieser Grundlage die Hauptorganisation und damit den organisatorischen Überbau des neu zu errichtenden deutschen Vereinswesens in Nordschleswig darstellen.

Organisatorischer Aufbau und neues politisches Selbstbewusstsein

Der BDN nahm unter dem geschäftsführenden Vorsitzenden Matthias Hansen, einem Vertreter des „Haderslebener Kreises“, und mit Ernst Siegfried Hansen als Leiter des Sekretariats in Apenrade seine Arbeit bereits Ende 1945 auf. Bis Anfang des Jahres 1947 wurden 23 Ortsvereine mit ca. 3000 Mitgliedern gegründet.

Nach anderthalb Jahren einer Interimsführung folgte im Mai 1947 auf den geschäftsführenden Vorstand der erste aus den Reihen der neu gegründeten Vereine hervorgehende Hauptvorstand des BDN; Vorsitzender wurde Dr. Niels Wernich, Sonderburg. Als Leiter des deutschen Sekretariats arbeitete im gleichen Zeitraum Jes Schmidt, der zwei Jahrzehnte später die deutsche Volksgruppe als Folketingabgeordneter vertreten sollte.

Zu den sicherlich wichtigsten Beschlüssen des jungen BDN gehörte der, sich bereits 1947 wieder an der Folketingwahl zu beteiligen. Hieraus spricht ein starkes Selbstbewusstsein, sich als demokratischer Faktor am politischen Leben Dänemarks beteiligen zu wollen. Als Kandidat konnte Dr. Waldemar Reuter, Gravenstein gewonnen werden.

Vom Kopenhagener Notat zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen

Die Situation der dänischen Minderheit in Südschleswig brachte es mit sich, dass sich für die deutsche Volksgruppe ein Anknüpfungspunkt für das Gespräch mit den politisch Verantwortlichen in Dänemark ergab. Erstaunlich schnell fanden die dänischen Politiker dabei Möglichkeiten, den Interessen der deutschen Volksgruppe entgegenzukommen, ohne die Gefühle derjenigen Landsleute zu verletzen, die aufgrund ihrer Erlebnisse in der Zeit der deutschen Besatzung Dänemarks dies als zu früh betrachteten. Nach der so genannten „Kieler Erklärung“ des schleswig-holsteinischen Landtags vom 26. Sept. 1949, in der der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe die Entfaltung ihrer Minderheitenrechte zugesichert wurde, fand in Kopenhagen ein Gespräch statt, an dem von Seiten der dänischen Regierung u.a. Staatsminister Hans Hedtoft und Kirchenminister Frede Nielsen teilnahmen. Aus diesem Gespräch heraus formulierte Ernst Siegfried Hansen ein Protokoll, das die Haltung der Regierung wiedergab, demzufolge den Angehörigen der deutschen Volksgruppe alle staatsbürgerlichen Möglichkeiten offen stehen würden. Zwar nicht im juristischen Sinn, aber in seiner praktischen und vor allem emotionalen Bedeutung war mit diesem „Kopenhagener Notat“ eine Art Gegenstück zur „Kieler Erklärung“ entstanden.

Nach den Jahren des Neuanfangs konsolidierte sich die deutsche Minderheit in den folgenden Jahrzehnten unter den Vorsitzenden Hans Schmidt, Oxbüll und Harro Marquardsen, Lügumkloster. Beiden Hauptvorsitzenden, die fast ein Jahrzehnt bzw. anderthalb Jahrzehnte dem BDN vorstanden, stand mit Rudolf Stehr ein Generalsekretär zur Seite, der mit Energie und Geschick die Interessen der deutschen Volksgruppe zu vertreten verstand. Zu den Hauptthemen der fünfziger Jahre gehörten Fragen rechtliche und wirtschaftliche Art, die mit der Rechtsabrechnung und der Beschlagnahme von Vermögenswerten nach dem Zweiten Weltkrieg zu tun hatten. Selbstbewusst sichtbar als ein Teil der dänischen Gesellschaft wurde die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig in diesen Jahren durch ihre Bautätigkeit: Die Mehrzahl der Kindergärten und Schulen, das deutsche Gymnasium, die deutsche Zentralbücherei und der Jugendhof Knivsberg wurden zwischen 1950 und 1970 errichtet.

Auf der politischen Ebene stellte sich der BDN schon Anfang der 50er Jahre auf den Standpunkt, dass neben der Interessenwahrung und der Stärkung der inneren Verbundenheit der Volksgruppe auch die verbindende Funktion des deutschen Elements im deutsch-dänischen Grenzland nicht zu vernachlässigen sei. Eine Isolierung wie in den Jahren nach der Volksabstimmung sollte es nicht wieder geben! Mit der Loyalitätserklärung von 1945 hatte man ja deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die deutsche Minderheit sich als ein Teil der dänischen Gesellschaft betrachten wollte. Am 22. September 1953 wurde Hans Schmidt, Oxbüll mit 9721 Stimmen ins Folketing gewählt. Damit hatte die deutsche Volksgruppe auf politischer Ebene nur acht Jahre nach Kriegsende einen beachtlichen Erfolg erringen können.

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen, deren 50 Jahrestag in diesem Jahr begangen wurde, verdanken ihr Entstehen einem außenpolitischen Anlass, den NATO-Beitritt der Bundesrepublik. Sie sollten aber zur Grundlage für die weitere Entwicklung der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland werden. Für die deutsche Volksgruppe war von großer Bedeutung für die Zukunft, das Examenrecht für deutsche Schulen zu erlangen und die Möglichkeit, ein deutsches Gymnasium in Apenrade zu errichten. Die Gleichstellung beim Zugang zur höheren Bildung in einer eigenen Einrichtung stellte deshalb für die deutsche Minderheit den wesentlichen praktischen Aspekt der Minderheitenerklärung dar. Darüber hinaus darf aber die politisch-psychologische Wirkung nicht vergessen werden: Der „Gleichlaut“ der Erklärungen signalisierte eine absolut gleiche Ebene, stellte der „Nordschleswiger“ am 31. März 1955 fest. Der deutschen Volksgruppe in Dänemark wurde zehn Jahre nach dem Kriegsende die ausgesteckte Hand des dänischen Staates entgegeng gehalten. „Man konnte sich nunmehr jedenfalls

nach Wortlaut und Geist der Erklärungen frei und ungehindert zur Volksgruppe bekennen, was bestimmt manchem das Bekenntnis erleichtert hat.“

Ein wesentliches Argument, um die Bedeutung der deutschen Volksgruppe auch unter geänderten Bedingungen hervorzuheben und ihr eine Aufgabe im Grenzland zuzuschreiben, war die Betonung des „Wettbewerbs der Kulturen“ im Grenzland und der immer stärker hervortretende Hinweis auf die kulturelle Vielfalt in den Regionen eines immer größer werdenden Europas.

Zweistromigkeit und Mittlerfunktion

Nach fünfzehn Jahren als Hauptvorsitzender des BDN übergab Harro Marquardsen 1975 den Vorsitz an Gerhard Schmidt. Dieser Wechsel war von Bedeutung, da damit die Generation, die noch vor dem Ersten Weltkrieg geboren war, allmählich die politische Bühne verließ. Mit Gerhard Schmidt (Jg. 1932) trat die Generation in die Verantwortung, die Nationalsozialismus und Krieg als Kinder erlebt hatten und den Großteil ihrer politischen Erfahrungen der Nachkriegszeit verdankten. Mit Peter Iver Johannsen, der ein weiteres Jahrzehnt jünger war als der neue Hauptvorsitzende, ging 1973 bereits schon die Leitung des deutschen Generalsekretariats an die Nachkriegsgeneration über. Auf dänischer Seite fand dieser Generationswechsel zur Nachkriegsgeneration ebenfalls statt, so dass nunmehr neue Personen über neue Aufgaben – gemeinsame Aufgaben – miteinander ins Gespräch kommen konnten: Vom Nebeneinander zum Miteinander - und auf dem Weg zum Füreinander, so hat der Gerhard Schmidt die Entwicklung des Grenzlandes mit Blick auf seine langjährige Arbeit als Hauptvorsitzender des BDN charakterisiert.

Hans Heinrich Hansen, der den Hauptvorsitz 1993 von Gerhard Schmidt übernommen hat, stellt häufig fest, dass die Gleichberechtigung der deutschen Nordschleswiger erreicht sei, nun komme es im schleswigschen Grenzland darauf an, die Gleichwertigkeit von Minderheit und Mehrheit durchzusetzen; im Umgang mit der Minderheit zeige sich die demokratische Kultur einer Gesellschaft.

Was hat sich in den vergangenen 60, insbesondere aber in den letzten 30 Jahren als wichtig erwiesen: Der BDN hat eine neue Position zu besetzen gewusst, als grenzüberwindende Kraft die eines Mittlers zwischen Deutsch und Dänisch. Dafür bildete die Loyalitätserklärung bei der Gründung des BDN am 22. November 1945 einen entscheidenden Grundstein. Man traute sich zu, alte Wunden, im historischen Kontext die Wunden seit 1848, heilen und in eine neue fruchtbare Epoche der deutsch-dänischen Beziehungen eintreten zu können.

Die wirtschaftlich nahezu zeitgleich mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen beginnende europäische Zusammenarbeit – mit dem politischen Fernziel eines geeinten Europas – bildete dabei den entscheidenden Impuls. Schon im Wahlprogramm der Schleswigschen Partei für die Folketingswahl 1960 hieß es ganz europäisch: „Enge europäische Zusammenarbeit und die Bildung einer europäischen Völker- und Staatengemeinschaft sind heute der einzige Weg, zur Erhaltung von Freiheit und Wohlstand.“ Der BDN hat sich stets als engagierter Verfechter des europäischen Gedankens verstanden. Sprachlich, kulturell und politisch hat er seine Aufgabe schon vor dem Beitritt Dänemarks zur Europäischen Gemeinschaft darin gesehen, als Verbindung und Brücke zum deutschen Nachbarn und nach Europa wirksam zu sein. Diese Linie setzt sich bis in die Gegenwart fort.

Welche Veränderungen im Selbstbild der deutschen Nordschleswiger hatte das zur Folge? Eine deutsch-nationale Identifikation samt Grenzrevisionsvorstellung war nach

dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr möglich, die Erfahrung der Nachkriegszeit mit der so genannten „Fårhus- Mentalität“ war eine Reihe von Jahren wirksam, aber schon die um 1955/60 jungen Leute standen in einem sehr viel stärker von Austausch und von Gemeinschaft geprägtem Verhältnis zu ihrer dänischen Umgebung als die davor liegenden Generationen. Die Berufung auf eine heimatliche schleswigsch-nordschleswigsche Verwurzelung, die bereits 1945 bei der Gründung des BDN ins Spiel gekommen war, wurde nunmehr stärker betont und fand in dem Begriff der „Zweistromigkeit“ eine theoretische Grundlage.

Um eine europäisch-grenzüberschreitende Mittlerfunktion wahrnehmen zu können, und den ehemaligen schleswigschen Konfliktherd zu einem Miteinander umzugestalten, war die bei der Gründung des BDN formulierte Loyalität an erste Stelle von Bedeutung. Es traten von außen die Bonn-Kopenhagener Erklärungen hinzu. Die Betonung eines deutsch-nordschleswigschen Selbstverständnisses innerhalb der Volksgruppe bildet schließlich die Grundlage dafür, dass der BDN erfolgreich und allseits anerkannt die Interessen der deutschen Volksgruppe und damit des Landesteils Nordschleswig vertreten kann.

Politische Repräsentanz – auch für Nordschleswig insgesamt

Bei der Folketing-Wahl des Jahres 1964 konnte das Mandat nicht gehalten werden; es kam daher zu Gesprächen über andere Formen der politischen Repräsentanz: am 19. Mai 1965 trat erstmalig ein Kontakt-Ausschuß zusammen, der zu einer wichtigen Institution für die Vertretung der Anliegen der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen geworden ist. Der Ausschuss blieb bestehen, selbst als durch ein Vereinbarung mit den dänischen Centrumsdemokraten in den Jahren 1973 - 1979 Jes Schmidt ins Folketing gewählt worden war. In gewisser Weise relativierte sich aber die parlamentarische Vertretung in Kopenhagen dadurch, dass durch die Kommunalreform wichtige regionale Entwicklungen in den 1970 geschaffenen Ämtern entschieden werden können. Sowohl im Amtsrat Sønderjylland als auch in vielen der damals neu geschaffenen Kommunen ist die deutsche Volksgruppe seitdem kontinuierlich vertreten. Die Einrichtung eines Sekretariats der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen 1983 unter der Leitung des Chefredakteurs des Nordschleswiger Siegfried Matlok stellte dann eine neue Form der effektiven Interessenvertretung in der Hauptstadt dar.

Mit Blick auf die aktuellen Veränderungen der politischen Landkarte Dänemarks, die Neugliederung in Regionen und größere Kommunen, kann man feststellen, dass sowohl die politische Repräsentanz durch Kontaktausschuss und Sekretariat in Kopenhagen als auch die politische Arbeit der Mandatsträger auf der Kommunal- und Amtsebene dazu beigetragen haben, dass in der neuen Struktur die Interessen der deutschen Volksgruppe, politisch weiterhin in der größeren Region vertreten zu sein und mitsprechen zu können, weitgehend berücksichtigt werden.

Nicht zuletzt sind es die Symbole der Anerkennung, die von großer Bedeutung sind und zur Recht immer wieder hervorgehoben werden: An erster Stelle steht dabei der erste Besuch von Königin Margrethe II. und Prinz Henrik bei der deutschen Volksgruppe am 24. Juli 1986, der als krönender Abschluss eines positiven Prozesses hin zu einer guten und friedlichen Nachbarschaft zwischen Deutschen und Dänen bezeichnet wurde. Diesem ersten Besuch folgten weitere im Zusammenhang mit Besuchen deutscher Bundespräsidenten in Dänemark. Als Ausdruck der Gleichberechtigung und „Augenhöhe“ kann zweifellos auch die Einladung an den BDN-Hauptvorsitzenden Hans Heinrich Hansen gelten, 1995 anlässlich der 75-Jahr Feier der Volksabstimmung und Eingliederung Nordschleswigs auf Düppel zu sprechen.

Mit den politischen Veränderungen in Osteuropa und die Wende in der DDR rückte für den BDN – übrigens gemeinsam mit der dänischen Minderheit in Südschleswig – eine neue Aufgabe in den Mittelpunkt, die sich u.a. aus dem jahrzehntelangen gemeinsamen Engagement in der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ FUEV ergab: Der Wegfall der Blockgrenzen öffnete den Blick für die Probleme anderer Minderheiten, die sich zum ersten Mal in den osteuropäischen Staaten formieren konnten. Man erkannte damals, dass das deutsch-dänische Grenzlandmodell ein politisches Gemeinschaftsprojekt von hohem Rang ist. Hier leistete der BDN in den jungen Demokratien Osteuropas Pionierarbeit: Zwar kann man keine Patentrezepte anbieten, wohl aber Denkanstöße und Diskussionsgrundlagen – und ein über 60 Jahre erfolgreich gewachsenes Vorbild!